



30. März 2017

Ausgabe 3/2017

Liebe Genossinnen und Genossen,
 liebe Freunde,

das Wahlergebnis im Saarland war ein kleiner Dämpfer für unsere Euphorie, die sich seit der Kandidatur von Martin Schulz breit gemacht hat. Wir sind zwar im kleinsten Bundesland aus dem Umfragetief rausgeklettert, aber insgeheim hatte ich mir ein wenig mehr gewünscht.

Sei es drum, das Ergebnis muss uns anspornen, noch mehr Menschen mitzunehmen. Allein auf den Kanzlerkandidaten zu setzen wäre fatal. Die Mitglieder vor Ort sind für die Inhaltsvermittlung, aber vor allem zum Zuhören und zur Diskussion gefragt. Auf geht's!

Die Maut kommt

Eigentlich hatte der Bundestag die PKW-Maut bereits im März 2015 beschlossen. Es handelt sich um den einzigen Punkt, den die CSU im Koalitionsvertrag durchgesetzt hat. Die EU verlangte Nachbesserungen, diesen Änderungen haben wir am Freitag zugestimmt. Damit halten wir uns an den Koalitionsvertrag, der schließlich von einer breiten Mehrheit der Genossinnen und Genossen getragen wird.

Um der Maut überhaupt zustimmen zu können, haben wir von Anfang an Bedingungen gestellt. Diese sollen laut eines Gutachtens und der Bestätigung von Wolfgang Schäuble erfüllt sein. So dürfen deutsche Autofahrer durch die Abgabe nicht zusätzlich belastet werden. Die Maut muss zudem ein deutliches Plus an Einnahmen bringen. Darüber hinaus haben wir darauf bestanden, dass die Maut mit Europäischem Recht vereinbar ist. Sollten wir feststellen, dass diese Punkte trotz Zusicherung nicht eingehalten werden, müssen entsprechende Änderungen her.

Im Bundesrat haben einige Länder angekündigt, den Vermittlungsausschuss anzurufen. Dies könnte dazu führen, dass das Gesetz vor der Bundestagswahl nicht in Kraft tritt. Mir wäre es recht!

Kontakt

Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann
 @bundestag.de

Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04
 @bundestag.de

www.sabine-poschmann.de

<https://www.facebook.com/poschmann.spd>

Links

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>



Zusätzliche Betreuungsplätze für 100.000 Kinder

Die Zahl der Geburten steigt in Deutschland wieder. Damit haben auch mehr Menschen Anspruch auf Kinderbetreuung. Deshalb haben sich Bund und Länder auf einen Ausbau der Kindertagesbetreuung geeinigt. Insgesamt wollen wir 100.000 zusätzliche Betreuungsplätze schaffen, und zwar nicht nur für unter Dreijährige, sondern auch für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt.

Dafür werden weitere 1,1 Milliarden Euro bereitgestellt. Mit dem Geld soll nicht nur die Anzahl der Plätze erhöht werden. Wir wollen damit auch die Ausstattung und die Angebote der Kitas verbessern. So können neben dem Ausbau der Einrichtungen auch Programme zur Gesundheitsversorgung und Integration von Kindern mit Behinderung gefördert werden.

Wichtiger Schritt zu gleichen Löhnen

Das Lohnleichheitsgesetz hat den Bundestag passiert. Damit wird es in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten zukünftig möglich sein, zu erfahren, was Kollegen in der gleichen Position verdienen. Die Einigung sieht zudem vor, dass in Betrieben mit mehr als 500 Mitarbeitern alle fünf Jahre Prüfungen stattfinden, wie es insgesamt um die Lohnleichheit bestellt ist. Diese Ergebnisse sollen offengelegt werden.

Hintergrund ist, dass Frauen im Jahr 77 Tage mehr arbeiten müssen, um den gleichen Lohn zu erhalten wie Männer. Mit 21 Prozent ist der Abstand zwischen den Geschlechtern einer der größten in Europa. Die Gründe dafür liegen zum einen in der Berufswahl von Frauen. Zum anderen arbeiten sie häufiger in Teilzeit. Aber selbst wenn man diese Faktoren rausrechnet, bleibt eine Lücke von 6 Prozent. Diese geht allein auf das Geschlecht zurück.

Innovationen fördern

Die Arbeit meiner Projektgruppe *#NeueErfolge* trägt Früchte. Der Bundestag hat einen Antrag zur Förderung kleiner und mittlerer Betriebe verabschiedet. Dieser beruht zu großen Teilen auf unseren Arbeitsergebnissen.

Im Antrag setzen wir uns insbesondere dafür ein, mittelständische Unternehmen in ihrer Forschungs- und Entwicklungsarbeit zu unterstützen. Deswegen wollen wir die Mittelstandsförderprogramme deutlich ausbauen. Insgesamt sollen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Deutschland in den kommenden Jahren zudem von 3 auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigen. Das ist dringend notwendig, um im internationalen Wettbewerb nicht abgehängt zu werden.

Leider hat sich unser Koalitionspartner gegen die Einführung der steuerlichen Forschungsförderung gesperrt. Wir wären dafür sofort bereit gewesen, weil von dieser Art der Unterstützung ganz besonders kleinere Unternehmen profitieren. Trotzdem ist mein Antrag ein richtiger Schritt in die Zukunft.



Brexitverhandlungen beginnen

Am 29. März reichte die Britische Premierministerin May offiziell den Trennungsbeschluss bei der EU ein. Großbritannien wird die europäische Gemeinschaft verlassen. Für uns Sozialdemokraten steht fest, dass wir weiterhin ein gutes Miteinander mit den Briten führen wollen. Denn sie werden zumindest geografisch weiterhin ein Teil Europas bleiben.

Ungewiss ist, welchen Weg die Briten einschlagen werden. Jedoch ist schon heute klar, dass es kein Rosinenpicken geben kann. Wirtschaftswissenschaftler schätzen die Entwicklung eher für Großbritannien negativ ein, als für die verbleibende Europäische Gemeinschaft.

Parlamentarisches Frühstück der Bundeszahnärztekammer

Als Schirmherrin für ihr parlamentarisches Frühstück diskutierte ich mit der Bundeszahnärztekammer über das Dienstleistungspaket der EU. Die Teilnehmer zeigten sich besorgt, dass die angestrebten Änderungen bei der Berufszulassung Einschnitte in unsere hohen Qualitäts- und Arbeitsstandards mit sich bringen.

Ich versicherte der Bundeszahnärztekammer, dass wir uns gegen solche Vorstöße der EU-Kommission zur Wehr setzen. Auf meine Initiative hatte der Bundestag bereits vor zwei Wochen eine sogenannte Subsidiaritätsrüge verabschiedet. Mit dieser wendet sich das Parlament insbesondere dagegen, dass die EU Veränderungen von Gesetzen im Bereich der Dienstleistungsberufe aufhalten oder ganz untersagen kann.

Entlastung für kleine Betriebe und Selbstständige

Ausstattung wie Drucker, Kaffeemaschine oder Smartphones gehören in Unternehmen zu den sogenannten geringwertigen Wirtschaftsgütern. Bis zu einem Betrag von 800 Euro können diese nun direkt abgeschrieben werden.

Bisher lag die Obergrenze bei 410 Euro. Eingeführt wurde sie 1964. Damals nutzte man in Büros statt Computer und Drucker noch Schreibmaschinen. Eine Anpassung war also dringend erforderlich. Unsere Neuregelung ist eine echte Bürokratie-Erleichterung und sorgt dafür, dass mehr Geld in die digitale Ausstattung fließt.

Am Freitag kommt Andrea Nahles nach Dortmund. Wir möchten uns zusammen ein Arbeitsmarktprojekt für Langzeitarbeitslose von den Stadtwerken ansehen. Auf Dauer müssen wir vom Bund mehr Geld für einen dauerhaft gesicherten Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen.

Jetzt wünsche ich euch erst einmal eine schöne Osterzeit.

Liebe Grüße

Eure 

